

## Generalsekretariat des EP: Abschied auf Raten (II)

Drei Jahre ist es her, dass *forum* vor dem sogenannten Juncker/Hänsch-Abkommen gewarnt hat. Der Deal unseres Premierministers mit dem damaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments wurde seinerzeit als Lösung des Streits um den Verbleib des Generalsekretariats in Luxemburg gefeiert. 2185 der rund 3500 Beamten sollten auf Dauer in Luxemburg bleiben, wurde damals vom Europäischen Parlament versprochen. Nur diejenigen Beamten, die sowieso schon die meiste Zeit in Brüssel seien, würden auch offiziell dorthin versetzt.

232 Beamte mussten daraufhin ihre Koffer packen. Jetzt will das Parlament noch mehr abziehen und ihre Zahl in Luxemburg auf 2000 reduzieren.

Aufhänger dafür ist der Fall eines Beamten belgischer Nationalität, der bereits in Brüssel beim Parlament tätig war und, so der Verdacht des Finanzkontrolleurs des Parlaments, zum Schein nach Luxemburg versetzt wurde. Von hier aus war er ständig auf Dienstreise in Brüssel und Straßburg, was ihm zusammen mit der fälligen Auslandszulage ein zusätzliches monatliches Einkommen von circa 100.000 Franken brachte.

Als der Fall ruchbar wurde, wurden nicht etwa die Verantwortlichen für diesen krassen Fall von Misswirtschaft zur Rechenschaft gezogen. Vielmehr wurde

dem Präsidium des Parlaments weiß gemacht, der Vorgang gehe auf die Sturheit der Luxemburger zurück.

Prompt wurde auch eine Liste vorgelegt, auf der rund 100 Beamte mit mehr als 50 Dienstreisetagen nach Brüssel stehen. Einige davon kommen auf jährlich mehr als 150 (!) Dienstreisetage in die belgische Hauptstadt.

Verschwiegen wurde allerdings, dass das Parlament bei dem bisherigen Transfers zahlreiche Stellen nach Brüssel verlegt hat, wo die Inhaber auf weit weniger als 50 Dienstreisetage kamen.

Mit anderen Worten: Es sind in den letzten Jahren mit Vorrang Beamte nach Brüssel versetzt worden, die nach den Kriterien des Parlaments selbst gar nicht zur Versetzung anstanden. Nicht versetzt wurden dagegen auch Beamte, die ganz offensichtlich nur fiktiv in Luxemburg waren.

Hintergrund für dieses Spiel: Die leitenden Stellen des Parlaments haben sich in den Kopf gesetzt, die gesamte Verwaltung nach Brüssel zu transferieren. Und im Schutz des Juncker/Hänsch-Abkommens und der darin zugestandenen Quote fing man mit Versetzungen an, die unter anderen Umständen gar nicht zu rechtfertigen gewesen wären.

Am Ende sollen nur noch die Übersetzungsdienste in Luxemburg bleiben und die stehen sowieso womöglich zur Privatisierung an.

Unverständlich ist nur, dass unsere Regierung dies offenbar nicht wahrhaben will und sich vom EP-Parlament für dumm verkaufen läßt. Seit Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages ist Luxemburg der Sitz des Generalsekretariats und seiner Dienststellen durch ein Protokoll zum Vertrag garantiert, das nur einstimmig geändert werden könnte.

Trotzdem wird tatenlos zugeschaut, wie das Parlament diese Bestimmungen unterläuft und unverhohlen erklärt, es beabsichtige auch die Verlegung von kompletten Generaldirektionen nach Brüssel. Dabei berufen sich die Parlamentsjuristen auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes von 1991. Damals hatte Luxemburg eine Klage gegen die Versetzung von vier (!) Beamten verloren. Aber in seinem Urteil hatte das Gericht ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Einlassung des Parlaments zufolge nicht die Verlegung von Generaldirektionen vorgesehen sei. Man darf im Umkehrschluß davon ausgehen, dass das Urteil anders ausgefallen wäre, wenn es um die Verlegung einer kompletten Generaldirektion gegangen wäre.

Dabei muß man wissen, dass die Versetzungen nach Brüssel für den Steuerzahler mit zusätzlichen Kosten verbunden sind. Die allmonatlichen Dienstreisen nach Straßburg werden teurer, weil sie von Brüssel aus gewöhnlich mit dem Flugzeug absolviert werden müssen. Und die Gebäude in Brüssel werden teuer bezahlt. So kostet zum Beispiel der Kauf des sogenannten Atrium-Gebäudes, in dem die transferierten Beamten untergebracht werden, 60 Millionen Euro und wenn man die nötige Finanzierung durch Kreditaufnahme in Betracht zieht, sogar über 100 Millionen.

Die jährlichen Gesamtkosten aller Dienstreisen von Luxemburg nach Brüssel belaufen sich auf etwa 3 Millionen Euro. Für den Preis dieses einen Gebäudes ließen sich also dreißig Jahre lang die Dienstreisen von Luxemburg nach Brüssel bezahlen.

Der wahre Beweggrund dürfte also der Druck der Brüsseler Immobilien-Mafia sein, über die *forum* bereits mehrfach berichtet hat.

JST

## Schulautonomie in Luxemburg ? - und wenn ja, welche?

Rundtischgespräch mit Vertretern  
des Unterrichtsministeriums, der Schuldirektoren,  
der Lehrgewerkschaften, der Eltern- und  
Schülerorganisationen

am Donnerstag, den 9. März 20 Uhr  
in der Victor-Hugo-Halle (Rotonde) in Limpertsberg

Organisation: „Autrement - Pour un forum de la transformation sociale“